



HESSISCHER LANDTAG

14. 11. 2024

Große Anfrage

**Robert Lambrou (AfD), Volker Richter (AfD), Gerhard Bärsch (AfD),
Sandra Weegels (AfD), Pascal Schleich (AfD), Christian Rohde (AfD) und
Bernd Erich Vohl (AfD)**

Gefälschte Einbürgerungsurkunden – Hausdurchsuchungen in Hessen

Am 01.10.2024 wurden laut Presseberichten 13 Durchsuchungsbefehle in Hessen vollstreckt. Wiesbaden aktuell (<http://www.wiesbadenaktuell.de/startseite/news-detail-view/article/polizei-razzia-in-wiesbaden-gefaelschte-einbuengerungsurkunden.html>) und Hessenschau <https://www.hessenschau.de/panorama/razzia-gegen-mutmassliche-ausweis-betrueger-im-rhein-main-gebiet-v1,razzia-ausweise-100.html>). Ermittelt wurde wegen Verdachts des Verschaffens von falschen amtlichen Ausweisdokumenten sowie Falschbeurkundung im Amt. Konkret sollen gefälschte Einbürgerungsurkunden beim Bürgerbüro in Hanau vorgelegt worden sein, um deutsche Pässe zu erhalten. Bei den Hausdurchsuchungen wurden Datenträger und weiteres Beweismaterial sichergestellt. Bei einer Durchsuchung wurde das SEK beteiligt. Gegen zwölf Verdächtige wird ermittelt, vier Personen wurden vorübergehend festgenommen und nach der Befragung wieder entlassen. Durchsuchungen fanden in Hanau, Maintal, Brachtal, Offenbach am Main, Frankfurt am Main, Wiesbaden und Hofheim am Taunus sowie in Stuttgart (Baden-Württemberg) statt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, ob im Kontext der in Rede stehenden Tatvorwürfe auch in weiteren Kommunen Hessens, Baden-Württembergs oder anderer Bundesländer versucht wurde mit gefälschten Einbürgerungsurkunden deutsche Pässe zu erhalten? Bitte die Bundesländer, Kommunen und die Fallzahlen für die Jahre 2019 bis 2024 benennen.
2. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, ob im Kontext der in Rede stehenden Tatvorwürfe auch in anderen Bereichen – wie zum Beispiel im Gesundheitswesen oder in Jobcentern – versucht wurde, mit gefälschten Einbürgerungsurkunden weitere ungerechtfertigte Leistungen zu erhalten? Bitte die Bundesländer und die Fallzahlen für die Jahre 2019 bis 2024 benennen.
 - a) In welchen Bundesländern?
 - b) Welche Behörden oder private Einrichtungen waren betroffen?
 - c) Für welche Leistungsarten wurden gefälschte Einbürgerungsurkunden benutzt?
 - d) Welche Leistungen wurden fälschlicherweise gewährt?
 - e) Wurden die Leistungen zurückgefordert?
 - f) Wurden in allen Fällen Strafverfahren eingeleitet?
 - g) Wie viele Strafverfahren wurden eingestellt und wie viele Verurteilungen erfolgten?
 - h) Wie hoch ist die Zahl der beteiligten Personen, welche Staatsangehörigkeiten haben die beteiligten Personen und bei Ausländern bitte den Aufenthaltsstatus benennen (bitte für die Jahre 2019 bis 2024 aufschlüsseln).
3. Hat die Landesregierung die hessischen Kommunen über die Einleitung der Ermittlungsverfahren informiert und um Überprüfung gebeten, ob dort Einbürgerungsurkunden vorgelegt wurden, die gefälscht sein könnten?
Wenn nicht: Bitte die Gründe dafür benennen.

4. Wird in den Ermittlungsverfahren auch gegen Amtspersonen ermittelt, da der Tatvorwurf Falschbeurkundung im Amt genannt wird?
Wenn ja: In welchen Behörden und gegen wie viele Amtspersonen wird ermittelt?
5. Hat es in den Jahren 2019 bis 2024 vergleichbare Ermittlungsverfahren in Hessen beziehungsweise bundesweit gegeben?
Wenn ja: Bitte die jährlichen Fallzahlen benennen und soweit bekannt, den Ausgang der Verfahren einschließlich der Aktenzeichen bei den Staatsanwaltschaften und Gerichten mitteilen.
6. Gibt es Behörden, die mehrfach betroffen waren? Bitte die Behörden und die Fallzahlen aufgeschlüsselt für die Jahre 2019 bis 2024 benennen.
7. Sind der Hessischen Landesregierung Fälle bekannt, in denen die Vorlage gefälschter Einbürgerungsurkunden tatsächlich zur Ausstellung von deutschen Pässen geführt hat?
 - a) Bitte einzeln für die Jahre 2019 bis 2024 die Fallzahlen benennen.
 - b) Wurden die deutschen Pässe wieder eingezogen?
 - c) Wurden in allen Fällen Strafverfahren eingeleitet?
 - d) Wurden andere Behörden oder private Einrichtungen von den Falschausstellungen informiert?
 - e) Ist bekannt, ob sämtliche fälschlicherweise gewährte Leistungen zurückgefordert wurden?
 - f) Wie hoch ist die Zahl der beteiligten Personen, welche Staatsangehörigkeiten haben die beteiligten Personen und bei Ausländern bitte den Aufenthaltsstatus benennen (bitte für die Jahre 2019 bis 2024 aufschlüsseln).
8. Hat die Landesregierung Erkenntnisse darüber, ob bei hessischen Behörden oder bei Behörden oder privaten Einrichtungen in Baden-Württemberg oder anderen Bundesländern gefälschte Staatsangehörigkeitsausweise vorgelegt wurden, um deutsche Pässe oder sonstige Leistungen zu erhalten?
 - a) Bitte für die Jahre 2019 bis 2024 die Fallzahlen benennen.
 - b) Welche Behörden oder privaten Einrichtungen waren betroffen?
 - c) Wurden die eventuell ausgestellten deutschen Pässe wieder eingezogen?
 - d) Wurden in allen Fällen Strafverfahren eingeleitet?
 - e) Wie viele Strafverfahren wurden eingestellt und wie viele Verurteilungen erfolgten?
 - f) Wurden andere Behörden oder private Einrichtungen von den Falschausstellungen informiert?
 - g) Ist bekannt, ob sämtliche fälschlicherweise gewährte Leistungen zurückgefordert wurden?
 - h) Wie hoch ist die Zahl der beteiligten Personen, welche Staatsangehörigkeiten haben die beteiligten Personen und bei Ausländern bitte den Aufenthaltsstatus benennen (bitte für die Jahre 2019 bis 2024 aufschlüsseln).
9. Bei welchen anderen amtlichen Papieren außer Einbürgerungsurkunden und Staatsangehörigkeitsausweisen legten Ausländer in Hessen in den Jahren 2019 bis 2024 Fälschungen vor, um auf diese Weise ungerechtfertigte Leistungen zu erhalten?
 - a) Die Art und Fallzahl der gefälschten Dokumente benennen (Geburtsurkunde, Nationalpass, Zeugnisse etc.).
 - b) Bitte für die Jahre 2019 bis 2024 auflisten.
 - c) Die Behörden und privaten Einrichtungen benennen.
 - d) Für welche Leistungsarten wurden gefälschte Dokumente vorgelegt?
 - e) Welche Leistungen wurden fälschlicherweise gewährt?
 - f) Wurden diese Leistungen zurückgefordert?
 - g) Wurden in allen Fällen Strafverfahren eingeleitet?
 - h) Wie viele Strafverfahren wurden eingestellt und wie viele Verurteilungen erfolgten?
 - i) Wurden andere Behörden oder private Einrichtungen von den Falschausstellungen informiert?
 - j) Wie hoch ist die Zahl der beteiligten Personen, welche Staatsangehörigkeiten haben die beteiligten Personen und bei Ausländern bitte den Aufenthaltsstatus benennen (bitte für die Jahre 2019 bis 2024 aufschlüsseln).

10. Im Falle der Tatbeteiligung von Ausländern wird angefragt, welche konkreten Konsequenzen hatte das für die Betroffenen? In wie vielen Fällen wurden Ausweisungsverfügungen erlassen und wurden anhängige Einbürgerungsverfahren ausgesetzt beziehungsweise Einbürgerungsanträge wegen der Tatbeteiligung abgelehnt?

Wiesbaden, 14. November 2024

Robert Lambrou
Volker Richter
Gerhard Bärsch
Sandra Weegels
Pascal Schleich
Christian Rohde
Bernd Erich Vohl